

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
– Drucksache 20/10606 –

Wissenschaftskommunikation systematisch und umfassend stärken

A. Problem

Wissenschaftskommunikation sei das Instrument zur Bereitstellung von Informationen für die breite Öffentlichkeit, schaffe somit Aufmerksamkeit für bestimmte Themen und lade zur Partizipation ein. Insbesondere in Zeiten von multiplen Krisen kommuniziere Wissenschaft neue Ideen und Erkenntnisse sowie mögliche Lösungswege. Die gesellschaftliche Bedeutung von guter Wissenschaftskommunikation sei insbesondere während der Corona-Pandemie deutlich geworden.

Daneben sei auch die partizipative Wissenschaftskommunikation in Form von Citizen Science wichtig, um ein Verständnis für wissenschaftliches Arbeiten zu schaffen. Durch die Beteiligung engagierter Öffentlichkeit würden wiederum die Bedürfnisse der Gesellschaft in die Forschung getragen, insbesondere seien die dadurch gewonnenen neuen Perspektiven bedeutend.

B. Lösung

Die Qualität der Wissenschaftskommunikation müsse gesteigert werden. Insbesondere müsse der Wissenschaftsjournalismus, der unter finanziellem Druck stehe, weiterhin unterstützt werden.

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD sowie der Gruppe Die Linke bei Abwesenheit der Gruppe BSW.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/10606 anzunehmen.

Berlin, den 15. Mai 2024

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kai Gehring

Vorsitzender und Berichterstatter

Holger Mann
Berichterstatter

Katrin Staffler
Berichterstatterin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Dr. Michael Kaufmann
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Ali Al-Dailami
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Holger Mann, Katrin Staffler, Kai Gehring, Dr. Stephan Seiter, Dr. Michael Kaufmann, Nicole Gohlke und Ali Al-Dailami

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/10606** in seiner 156. Sitzung am 13. Mai 2024 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuss sowie den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die permanent durch die Wissenschaft erzielten neuen Erkenntnisse müssten in die Öffentlichkeit kommuniziert werden, um dadurch für die Gesellschaft neue Chancen zu eröffnen. Insbesondere werde durch die Wissenschaftskommunikation Fake News und Desinformationen entgegengewirkt. Für eine funktionierende Wissenschaftskommunikation werde ein entsprechender Kompetenzaufbau bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erforderlich. Damit gehe zudem die Sicherstellung einher, dass die betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei der Veröffentlichung und Kommunikation ihrer Forschungsergebnisse nicht mit Anfeindungen konfrontiert beziehungsweise denen schutzlos ausgeliefert werden.

Der Deutsche Bundestag begrüße,

1. die zahlreichen bestehenden Initiativen, Projekte und Einrichtungen, die bereits sehr erfolgreiche Wissenschaftskommunikation betreiben und zur Professionalisierung der Wissenschaftskommunikation beitragen, und spricht sich für ihre Stärkung aus;
2. die langjährig etablierten Wissenschaftskommunikationsformate des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wie das Wissenschaftsjahr und die „MS Wissenschaft“ sowie die im Jahr 2020 aufgelegte #FactoryWisskomm, die neue und konkrete Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung und Stärkung der Wissenschaftskommunikation entwickelt und in der laufenden Legislaturperiode in einem Dialogprozess fortgeschrieben wird;
3. dass die neue missionsorientierte „Zukunftsstrategie Innovation und Forschung“ Wissenschaftskommunikation, partizipative Wissenschaft und Bürgerwissenschaft als zentrale Faktoren für Innovationsfähigkeit ansieht;
4. die Einrichtung der Anlaufstelle „SciComm-Support“ zur Beratung und Unterstützung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Wissenschaftskommunikatorinnen und -kommunikatoren, wenn diese aufgrund ihrer wissenschaftskommunikativen Aktivitäten angefeindet oder bedroht werden, sowie den damit verbundenen Beitrag zu einem evidenzbasierten Diskurs.

Der Deutsche Bundestag fordere die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

1. darauf hinzuwirken, dass Wissenschaftskommunikation systematisch auf allen wissenschaftlichen Karriere-stufen verankert wird;
2. Wissenschaftskommunikation konsequent als integralen Bestandteil der Forschungsförderung des BMBF zu verankern. Dabei sollten auch projektspezifisch Maßnahmen zum Kompetenzaufbau förderfähig sein;
3. den Kompetenzaufbau für Wissenschaftskommunikation sowohl für kommunizierende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch Wissenschaftskommunikatorinnen und -kommunikatoren im Rahmen eines wettbewerblichen Sonderprogramms „Kompetenzaufbau Wissenschaftskommunikation“ zu fördern;
4. die bestehenden Preisträgerinnen und Preisträger, beispielsweise des „Communicator-Preises“, des „Preises für Hochschulkommunikation“ oder des „KlarText-Preises“, und ihre besonderen Leistungen sichtbarer zu

- machen und zu prüfen, einen darüber hinausgehenden, gut dotierten Preis für Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus einzuführen;
5. sich für Mechanismen einzusetzen, mit denen Wissenschaftskommunikation in der Leistungsbewertung von Forschenden stärkere Anerkennung findet;
 6. gemeinsam mit den Ländern über bestehende Angebote hinaus mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu schaffen, unter anderem zu Arbeitsweisen der Wissenschaft, zum Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und zu Wissenschaftskommunikationsformaten;
 7. im Falle von Bedrohungen und Anfeindungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Dienstvorgesetzten in ihrer Fürsorgepflicht zu stärken, die Fälle systematischer zu dokumentieren und die Anlaufstelle „Scicomm-Support“ zu unterstützen und zu evaluieren, den Erfahrungsaustausch mit den Bundesländern zu stärken und darauf basierend zu prüfen, ob eine nationale Kontaktstelle notwendig ist;
 8. basierend auf der „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben im Themenfeld Wissenschaftskommunikation“ verstärkt auf die Wirksamkeit und Weiterentwicklung bestehender Wissenschaftskommunikationsformate abzielen;
 9. das Wissenschaftsbarometer zu einer repräsentativen und nationalen Erhebung zu wissenschaftsbezogenen Überzeugungen und Wissenschaftsvertrauen auszubauen;
 10. die Förderlinie für Citizen Science und bürgerwissenschaftliche Vorhaben, die Plattform „Bürger schaffen Wissen“ sowie bereits etablierte Institutionen wie Wissenschaft im Dialog, das „Futurium“ und die Leibniz-Forschungsmuseen, an denen bürgerwissenschaftliche Formate bereits erfolgreich umgesetzt werden, zu stärken;
 11. Wissenschaftskommunikation auch in der frühkindlichen Bildung sowie der Erwachsenenbildung über die Angebote der „Stiftung Kinder forschen“ und der „Stiftung Jugend forscht e. V.“ kontinuierlich zu stärken;
 12. zusätzlich zu den im Nachgang des Wissenschaftsjahrs 2022 „Nachgefragt!“ aufgelegten bürgerwissenschaftlichen Förderlinien des BMBF weitere Möglichkeiten zu entwickeln, mit denen Bürgerinnen und Bürger an der Ausrichtung der Forschungspolitik partizipieren können;
 13. die Vernetzung von partizipativ Forschenden zu fördern, um Synergien zu nutzen und die Professionalisierung von Partizipation in der Forschung unterstützen zu können, und die bürgerwissenschaftlichen Plattformen wie „Bürger schaffen Wissen“ in die Breite zu tragen;
 14. zielgruppenorientierte Fortbildungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche, Forschende, Wissenschaftsmanagerinnen und -manager zum Thema Bürgerwissenschaften zu fördern;
 15. die Wirkungen von Bürgerwissenschaften stärker anzuerkennen, sichtbar zu machen und ihre Verankerung in Leitbildern und Zielvereinbarungen zu befördern;
 16. die Transformation des Publizierens in Open-Access- und Open-Science-Formaten abzuschließen und zum Publikationsstandard zu machen;
 17. unabhängigen Wissenschaftsjournalismus durch unabhängige und staatsferne Strukturen nachhaltig zu unterstützen, beispielsweise durch eine neue Stiftung oder die Skalierung bestehender Intermediäre und Aktivitäten wie dem Innovationsfonds Wissenschaftsjournalismus. Dies soll vor allem zur Kompetenzentwicklung und Nachwuchsförderung im Feld dienen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10606 in seiner 102. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10606 in seiner 56. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke die Annahme des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlage in seiner 67. Sitzung am 20. März 2024, in seiner 69. Sitzung am 24. April 2024 und in seiner 72. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD sowie der Gruppe Die Linke bei Abwesenheit der Gruppe BSW die Annahme des Antrags.

Die **SPD-Fraktion** führt ein, dass der Antrag der Ampel-Fraktionen „Wissenschaftskommunikation systematisch und umfassen stärken“ bereits im Plenum debattiert worden sei und eine Anhörung von Experten im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung stattgefunden habe. Das Feedback dazu sei vielseitig und positiv gewesen und habe verdeutlicht, dass die Wissenschaftskommunikation und der Wissenschaftsjournalismus wichtig für Forschung und Demokratie seien. Die SPD-Fraktion führt aus, dass es zudem deutlich geworden sei, dass es mehr Wissenschaftskommunikation brauche, wenn angesichts steigender Wissensproduktion und der weiteren Ausdifferenzierung evidenzbasierter Forschung Herausforderungen und Transformationsprozesse erfolgreich gestaltet und wirtschaftlicher sowie gesellschaftlicher Fortschritt gesichert werden sollten.

Die SPD-Fraktion hebt anschließend die Förderung des SciComm-Supports hervor, die insbesondere auch im Hinblick auf die vergangene Eröffnung des Wissenschaftsjahres Freiheit auf der „MS Wissenschaft“ relevant sei. Sie erklärt, dass nicht ausschließlich Politikerinnen und Politiker oder andere Vertreter des Staates von Anfeindungen betroffen seien, sondern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ebenfalls. Die Einrichtung berate die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei Bedrohungen und werde bislang nicht staatlich gefördert. Aufgrund der unschätzbaren Arbeit sei es angemessen, dass hier stärkere Unterstützung geleistet werde. Modelle wie „Wissenschaft im Dialog“, das Science Media Center oder die wünschenswerte Förderung des Kompetenzaufbaus über eine Stiftung für den Wissenschaftsjournalismus seien Beiträge, die für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Bevölkerung hilfreich seien. Die SPD-Fraktion betont, dass der Wissenstransfer ebenfalls zu Zeiten stattfinden müsse, in denen andere Themen das Weltgeschehen bestimmten, nicht nur in Zeiten von Pandemien. Sie bittet, ebenfalls im Haushaltsausschuss, um Unterstützung für den Antrag.

Die **CDU/CSU-Fraktion** erläutert eingangs, dass es drei Feststellungen zur Wissenschaftskommunikation gebe: Zunächst werde die Kommunikation immer wichtiger, was man zuletzt häufiger habe feststellen können. Außerdem verändere sich die Art und Weise der Nutzung der Kommunikationskanäle. Zuletzt müsse die Wissenschaftskommunikation angeregt werden, da sie nicht von allein alle relevanten Zielgruppen erreichen könne, dies koste Ressourcen.

Die Fraktion erklärt, dass es sich bei dem Antrag der Koalitionsfraktionen um eine Fortschreibung dessen handle, was bereits in der letzten Legislaturperiode begonnen worden sei. Deswegen werde die CDU/CSU-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Sie kritisiert, dass einige entscheidende Punkte im Antrag fehlten, wie beispielweise die begleitende Forschung zur Wissenschaftskommunikation. Des Weiteren müsse das BMBF in seiner Kommunikation vorangehen. Zuletzt müsse zudem eine Überprüfung stattfinden, welche neuen Formate, zum Beispiel Kooperationen, gefördert werden könnten. Die CDU/CSU-Fraktion betont, dass es wichtig sei, mit gemeinsamen Anstrengungen die Wissenschaftskommunikation zu unterstützen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** nimmt einleitend Bezug auf den gemeinsamen Besuch auf der „MS Wissenschaft“ und erklärt, dass man sich freue, dass das Schiff zukünftig bundesweit an vielen Häfen anlegen werde und somit Wissenschaft in die Öffentlichkeit trage.

Sie führt weiter aus, dass die Wissenschaftskommunikation für die demokratischen und parlamentarischen Prozesse und die faktenbasierten Entscheidungen in der Politik besonders wichtig sei. Man freue sich über die bereits bestehenden Formate der Wissenschaftskommunikation und es sei entscheidend, diese weiter zu stärken, damit

die Brücke zwischen Wissenschaft und Gesellschaft noch stabiler gebaut werden könne. Wissenschaftskommunikation trage maßgeblich dazu bei, dass das Vertrauen in die Wissenschaft bestärkt werde, Menschen neugierig blieben und verschiedenste Perspektiven aufgezeigt würden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont, man fordere das BMBF dazu auf, einen Preis für Wissenschaftskommunikation zu dotieren. Es sei wesentlich, die Wissenschaftskommunikationsforschung zu stärken und mehr über die Wirkung verschiedener Kommunikationsformate zu erfahren. Dies sei auch ein Forderungspunkt im Antrag, weswegen man hoffe, dass man sich dem gemeinsam verpflichtet fühle.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erläutert, dass das Wissenschaftsbarometer ebenfalls ein wichtiges Instrument sei, womit das jährliche Vertrauen in die Wissenschaft gemessen werde, dessen weiterer Ausbau und Ausdifferenzierung sinnvoll sei. Insbesondere sei wegweisend, die Expertise der Bürgerinnen und Bürger in die Wissenschaftskommunikation und die Wissenschaft stärker einzubeziehen, wobei die Ansätze von Citizen Science eine besonders große Rolle spielten. Sie merkt an, dass auch die Formate von Experimentierräumen und Reallaboren maßgebliche Beiträge hätten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt, dass die Anhörung gezeigt habe, wie eine unabhängige und staatsferne Stiftung für den Wissenschaftsjournalismus umgesetzt werden und funktionieren könne.

Bezugnehmend auf die SPD-Fraktion stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dar, wie wertvoll der SciComm-Support für bedrohte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sei. Der SciComm-Support werde überwiegend durch ehrenamtliches Engagement getragen und solle aufgrund des hohen Bedarfs zu einer nationalen Kontaktstelle weiterentwickelt werden. Zuletzt betont die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie essenziell es sei, Forschende weiterhin zu ermutigen, öffentlich über ihre Forschungsergebnisse zu diskutieren.

Die **AfD-Fraktion** erklärt, dass wissenschaftliche Erkenntnisse zunehmend die gesellschaftlichen Entwicklungen beeinflussten und jeden einzelnen Bürger betreffen. Daraus ergebe sich die große Bedeutung einer guten Kommunikation von wissenschaftlichen Inhalten.

Die AfD-Fraktion stellt fest, dass die Wissenschaftskommunikation zwei Dinge voraussetze: Zunächst bedürfe es mündiger, aufgeklärter und gebildeter Bürger und zudem bedürfe es einer ergebnisoffenen, nicht wertenden oder selektiven Vermittlung aller relevanten wissenschaftlichen Standpunkte. Sie kritisiert, dass beides nicht immer vorliege.

Die AfD-Fraktion führt weiter aus, dass sich das Bildungsniveau im freien Fall befinde. Bevor über eine gelingende Wissenschaftskommunikation gesprochen werden könne, müsse zunächst der Niedergang des Bildungssystems aufgehalten und umgekehrt werden.

Sie merkt an, dass bei Themen wie Corona, dem Klima und grundlegenden biologischen Tatsachen eine ausgeprägte selektive Kommunikation stattfinde, die sich überwiegend an der Agenda der Regierung statt an der wissenschaftlichen Debatte orientiere. Wissenschaftliche Standpunkte und Ergebnisse, welche vom gewünschten politischen Ziel abwichen, seien aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen.

Sie betont, dass dieses Vorgehen nicht der Vorstellung der AfD-Fraktion von Wissenschaftskommunikation in einer mündigen Gesellschaft entspreche und eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstelle. Eine Wissenschaftskommunikation, die den Namen verdiene, bestehe aus einer umfassend gebildeten Gesellschaft, deren Mitglieder sich auf Grundlage vielfältiger und auch kontroverser Informationen eine eigene Meinung zu wissenschaftlichen Sachverhalten bilden könnten. Die AfD-Fraktion betont, eine ideologisch vorgegebene Wissenschaftskommunikation lehne sie entschieden ab.

Die **FDP-Fraktion** nimmt zu Anfang Bezug auf die Ausführungen der AfD-Fraktion. Es sei überraschend, dass man Wissenschaftsjournalisten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern nicht zutraue, unabhängig zu entscheiden, ob und was sie kommunizierten. Dies stärke das Misstrauen in die Wissenschaft und in die Gesellschaft zunehmend. Die AfD-Fraktion solle sich über diese Konsequenzen im Klaren sein. Daher sei es wichtig, dass der Antrag der Koalitionsfraktionen breite Unterstützung erführe. Insbesondere freue man sich über die zugesagte Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion.

Die FDP-Fraktion erklärt, dass der Antrag das Ziel habe, die Menschen, die nicht tagtäglich Teil des Wissenschaftssystems seien, an den Erkenntnissen, die mit Steuergeldern gewonnen werden, zu beteiligen.

Es sei erforderlich, dass man zudem die Gewinnung von Erkenntnissen über die Wissenschaftskommunikation und deren Wirkung fördere. Dies sei ebenfalls Inhalt des Antrags.

Die FDP-Fraktion kritisiert die AfD-Fraktion dahingehend, dass sie Ergebnisse als falsch ansehe, wenn diese nicht einer bestimmten Vorstellung entsprächen.

Die FDP-Fraktion merkt an, dass es ebenfalls um den Schutz der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor Übergriffen gehe. Es sei nicht haltbar, dass man Übergriffe auf Forschende in unserer Gesellschaft zulasse. Die Wissenschaftskommunikation könne ebenfalls dazu dienen, bei den Menschen eine Begeisterung für die Wissenschaft zu schaffen und sie darauf vorzubereiten, sich mit Wissenschaft auseinanderzusetzen.

Abschließend betont die FDP-Fraktion, dass Formate wie die „MS Wissenschaft“ Menschen begeisterten und zusammenbrächten, selbst wenn sie sich zu Anfang weniger für wissenschaftliche Themen interessierten. Sie bittet um Unterstützung des Antrags und darum, das Thema Wissenschaftskommunikation nach außen zu vertreten und zu unterstützen, denn es gehe um die Demokratie und Demokratiefähigkeit der Gesellschaft.

Die **Gruppe Die Linke** merkt an, dass das Thema Wissenschaftskommunikation mehr sein müsse als ein Tag der offenen Tür, als eine Broschüre oder als ein Erklärvideo auf YouTube. Wissenschaftskommunikation müsse aus einem Dialog, der Teilhabe und aus einer Mitgestaltung bestehen und müsse so breit wie möglich aufgestellt werden. Sie führt aus, dass dies nicht selbstverständlich sei in einem mit hohen Zugangshürden behafteten System, welches nicht durchgehend egalitär und demokratisch sei. Für eine gute Wissenschaftskommunikation brauche es unabhängige Akteurinnen und Akteure, wie zum Beispiel den Wissenschaftsjournalismus. Wissenschaftskommunikation müsse zudem Teil des Wissenschaftssystems selbst sein und dafür brauche es zusätzliche Mechanismen und Mittel, um sie als integralen Bestandteil zu verankern. Dazu betont die Gruppe Die Linke, dass Wissenschaftskommunikation kein Hobby sei. Dieses Problem greife der Antrag jedoch nicht auf. Insgesamt sei der Antrag rhetorisch gut gelungen, die handwerkliche und finanzielle Umsetzung sei im Antrag jedoch nicht hinreichend dargestellt. Die Gruppe Die Linke erklärt, dass sie sich deswegen bei der Abstimmung über den Antrag enthalten werde.

Berlin, den 15. Mai 2024

Holger Mann
Berichterstatter

Katrin Staffler
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Dr. Michael Kaufmann
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Ali Al-Dailami
Berichterstatter